



europa.ch

Das Magazin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz **nebs** Nr. 2/2020



“

Interview mit Eric Nussbaumer

«Die europäische Integration ist eine Notwendigkeit.»

Seiten 8–9

INHALT

HINTERGRUND

- 3 Der «Pakt» der Paradoxien
- 4 Für eine Debatte über Souveränität

INTERVIEW

- 5 François Cherix
- 7 Martin Naef
- 8 Eric Nussbaumer

AKTIVITÄTEN DER NEBS

- 10 Die Kampagne
«Wir Europäer*innen»:
Drei erfolgreiche Phasen
- 11 Der Kampagnenclub der
Nebs

SEKTIONEN

- 12 «Ein republikanischer
Skandal»

YES

- 13 Europa verstehen, leben und
gestalten

EURO-MYTHEN AUFGESPIESST

- 14 Frech – oder einfach
ahnungslos?

EU-SPOTS

- 15 Erstmals EU-Sanktionen
gegen Cyber-Piraten
- 15 Es muss nicht alles über
«Brüssel» laufen
- 15 Sammelklagen quer durch
die EU möglich

SURFEN

- 15 «Mission Starfish 2030» – ein
Riesenprojekt
- 15 Die «Good Cops» von Europa

Wir sind die europäische Bewegung in der Schweiz

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wir sind Europäerinnen und Europäer. Es braucht diese einfache Erkenntnis, da es in diesen Zeiten der neuen Autokraten, der Bedrohung der Demokratien kein besseres und mutmachenderes Bekenntnis gibt, als sagen zu dürfen: Wir gehören zur Europäischen Wertegemeinschaft. Die Schweiz ist ein europäisches Land; wir sind mit über 120 Verträgen mit der Europäischen Union verbunden. Wir sind Europäerinnen und Europäer, weil wir in einem europäischen Land leben.

paratur dieser Vertrauensbrüche müssen und werden wir als Nebs arbeiten.

Ich freue mich daher, dass wir für das Nebs-Vizepräsidium neue Mitgestalterinnen und Mitgestalter aus vielen Parteien gewinnen konnten. Wir streben gemeinsam weiter, wir positionieren uns gemeinsam. Nur so kann gute Europapolitik in der Schweiz gelingen. Ich sehe keinen Nachteil darin, dass wir nicht immer exakt gleicher Meinung sind. Wichtig ist nur, dass wir etwas Verbindendes nicht verlieren: Wir kämpfen für ein



© Eric Nussbaumer/Schweizer Parlament

Eric Nussbaumer

Präsident der Nebs und
Nationalrat SP/BL

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat vor über vierzig Jahren in einer Rede vor der ersten Wahl des Europäischen Parlaments betont, dass man nur schrittweise das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gewinnen kann. Das gilt auch heute noch. Es gilt wohl für alle Parteien. Und es gilt für viele politische Themen. Vertrauen kann man schrittweise schaffen, man kann es aber auch schrittweise zerstören. Darum bin ich ein überzeugter Europäer geworden, weil ich diesem Misstrauen gegenüber der EU als Institution, diesem zeitweise fast schon feindlichen Diskurs in unserem Land, entgegenzutreten möchte. Es ist nicht gut, wenn immer wieder behauptet wird, das europäische Recht wolle unser Land zerstören. Es ist falsch zu glauben, dass beim Kooperieren einzelner Staaten die Staatssouveränität geradezu vernichtet würde. An der Re-

demokratisches und kooperatives Europa. Wir kämpfen mit der Perspektive Europas für gute Lösungen, die allen Europäerinnen und Europäern Wohlstand, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit bringen.

Wir sind die Europäische Bewegung in der Schweiz und stehen ein für ein föderales Europa in Vielfalt. Wir verbünden uns mit anderen, die dies auch wollen, und wir kämpfen für volle Mitentscheidungsmöglichkeiten für unser Land in den Europäischen Institutionen. Aber wir sind auch pragmatisch. Wir arbeiten mit an jedem Integrationsschritt, der das kooperierende Europa formt. Und wir bekämpfen jeden Schritt, der ein desintegriertes, ein gespaltenes Europa befeuert. Wir haben Erfahrung mit schrittweiser Entwicklung. Aber Entwicklung muss es sein. ★

Der «Pakt» der Paradoxien

Von **Solenn Paulic**, Journalistin in Brüssel

Am 23. September 2020 lancierte die EU-Kommission eine lang erwartete Reform der Asyl- und Migrationspolitik, mit Schwerpunkt auf Kontrollen an den Aussengrenzen und einer neuen, obligatorischen Solidarität. Eine Reform, die glauben macht, sie werde allen gefallen – die aber mehr Fragen als Antworten aufwirft. Sie betrifft auch die Schweiz.

Hintergrund ist das Versagen der europäischen Migrations- und Asylpolitik: An die Stelle der Dublin-Verordnung tritt eine allgemeinere Verordnung über «Asylmanagement».

Ohne alles auf den Kopf zu stellen, fokussiert die Kommission ihren neuen «Pakt» auf ausgewählte Bereiche: Zu «Dublin», das nun nicht mehr so heisst, fordert sie ausgeweitete Prüfungskriterien und einen erweiterten Familienbegriff, um zu bestimmen, in welchem Land Asylgesuche bearbeitet werden – dies um die Ersteinreiseländer zu entlasten. Zugleich will die Kommission ein neues Verfahren zur Identifizierung und Überprüfung von AsylbewerberInnen einführen: Innert fünf Tagen solle eine erste «Sortierung» erfolgen zwischen jenen, die voraussichtlich in der Union bleiben werden, und jenen, die ein beschleunigtes Verfahren durchlaufen und schneller ausreisen müssen. Schliesslich stützt die Kommission das «neue Dublin» mit einem obligatorischen Solidaritätsmechanismus für Krisenzeiten: Ein Land, das einen intensiveren Zustrom als in normalen Phasen erlebt, erhalte automatische Hilfe von den Partnerländern – sei es durch Umsiedlung von Personen, Unterstützung bei der Rückkehr ins Herkunftsland oder durch die Finanzierung von Zentren vor Ort.

Die BefürworterInnen sind überzeugt: Diese Neuerungen sind die Geste der Solidarität, die Südeuropa erwartet, nachdem das Feuer im Lager Moria das Versagen der «Hotspots» der Juncker-Kommission blosslegte. Doch diese Länder äusserten bei ei-

nem Ministertreffen im Oktober bereits ihre Zweifel: Wie könne man sicher sein, dass die Partner in angespannten Situationen ihre Verpflichtungen einhalten? Auch gelockerte Dublin-Kriterien würden wenig verändern, da viele Länder schon heute einen erweiterten Familienbegriff anwenden – so argumentieren einige und sprechen von Schönfärberei. Für die Schweiz jedenfalls wäre die Reform nichts Revolutionäres.

Was also bringt diese Reform? «Neue Belastungen für die Ersteinreiseländer und das Risiko eines neuen Moria», tönte es kritisch aus NGO-Kreisen.

Wo liegt die Wahrheit? Vielleicht hat die Kommission recht, wenn sie sagt, es fände sich ein Weg, weil es die perfekte Lösung nicht gibt. In einem Bereich, der gemäss etlichen DiplomatinInnen «toxisch» bleibt, sind Reformen eine Herausforderung. Die Kommission hätte gar nichts tun und das Vorgehen von Fall zu Fall den Mitgliedstaaten überlassen können, wie 2018 in der Ära «Salvini». Oder sie hätte einen lockeren Rahmen vorschlagen können, ohne die Mitgliedsstaaten zu sehr zu bedrängen: Obligatorische Solidarität ja – aber nur «à la carte». Das wäre vielleicht gar keine schlechte Taktik, so lange die minimalen Anfangsversprechen gehalten werden: Die Kommission kündigt weitere Rückführungen abgelehnter AsylbewerberInnen an. Aber wie – nachdem die Mitgliedstaaten im Juli das Frontex-Budget gekürzt haben? Sie will jungen MigrantInnen aus Afrika und anderswo helfen und sie von der Überfahrt abhalten: Wie kann dies geschehen ohne eine echte Politik der legalen Migration – einschliesslich der Arbeitsmigration – und ohne bedeutende Geldmittel? Die Kommission verspricht bedingungslose Unterstützung für den Süden der EU – und garantiert zugleich den östlichen Ländern, dass sie selbst im Krisenfall niemals gezwungen würden, Menschen aufzunehmen.

Klar ist also nur etwas: Ohne grosse Anstrengung wird der «Pakt» viel Widersprüchliches enthalten; die Kommission ist dem EU-Parlament und den Mitgliedstaaten noch manche Erläuterung schuldig. ★



© Solenn Paulic

SOLENN PAULIC ist Journalistin für europäische Angelegenheiten in Brüssel. Sie arbeitet für Agence Europe und Le Temps, hauptsächlich zu den Bereichen Migration, Inneres, Rechtsstaatlichkeit, Brexit und bilaterale Beziehungen Schweiz-Europäische Union.



Für eine Debatte über Souveränität

Von **Chantal Tauxe**, Vizepräsidentin der Nebs

Was wäre passiert, wenn die SVP den Urnengang zur Kündigungsinitiative gewonnen hätte? Den Reaktionen nach zu urteilen, drohen nun ausgerechnet die Retter dieser Abstimmung den bilateralen Weg zu begraben.



© Nebs/Sam Komrad

CHANTAL TAUXE ist Vizepräsidentin der Nebs und Mitglied des Vorstands der Nebs Sektion Waadt.

Es ist befremdlich, zwei Jahre nach Abschluss der Verhandlungen mit der EU so zu tun, als hätte man Mandat und Inhalt des Rahmenabkommens soeben erst entdeckt. Auch wenn dem Thema während der Abstimmungskampagne verständlicherweise ausgewichen wurde: Es ist kaum glaubwürdig, sich jetzt über eine institutionelle Lösung zu empören, die auf den Wunsch der Schweiz während fünf Jahren diskutiert worden ist. Die Uneinigkeit, Verwirrung und Verantwortungslosigkeit sind charakteristisch für die Europapolitik des Bundesrates und der grossen Parteien. Wir sehen einen moralischen Bankrott und einen Mangel an Reflexion, der nicht nur mit der Deutungshoheit der SVP zu erklären ist.

Das Signal, das Volk und Kantone am vergangenen 27. September aussandten, ist deutlich genug: Eine strukturierte und erfolgreiche Beziehung mit der EU soll erhalten und weiterentwickelt werden. Seit der Zustimmung zum ersten bilateralen Vertragspaket vor 20 Jahren hatte das Stimmvolk neun Mal Gelegenheit, sich direkt oder indirekt zu den Beziehungen zur EU und den Folgen ihrer Entwicklung für verschiedene Gesetze (Waffen, biometrische Pässe) zu äussern. Bis auf die bemerkenswerte Ausnahme vom 9. Februar 2014 hat das Schweizer Volk alle Angleichungen an die EU gutgeheissen. Am 27. September 2020 erreichte diese Zustimmung rund 62% der Stimmberechtigten und 19,5 Kantone. Die Propaganda der SVP, welche die EU wider besseres Wissen gerne mit schlimmsten totalitären Regimes vergleicht, vermochte nicht zu überzeugen. Im Gegensatz zur Unentschlossenheit der Behörden zeugt das Volksmehr von Reife und Gelassenheit. Trotz aller Verunglimpfungen verstehen die Bürgerinnen und Bürger, dass sich die EU weiterentwickelt und dass es

weder vernünftig noch angemessen wäre, sich von ihr zu distanzieren.

In einer global turbulenten geopolitischen Lage decken sich die Prioritäten der Kommission von der Leyen mit den Anliegen der SchweizerInnen: Klimakrise, digitale Souveränität, wirtschaftliche Erholung, Gesundheit. Darüber hinaus ist die Bewältigung der Covid-19-Pandemie eine harte Belastungsprobe für die Regierungen. Autoritäre chinesische Methoden wie auch die Gleichgültigkeit der Populisten Trump, Bolsonaro und Johnson sind abstoßend. Trotz Meinungsverschiedenheiten über diese oder jene Massnahme, die EU begegnet der Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen mit Respekt für den Einzelnen und mit erneuerter Solidarität unter den Mitgliedsstaaten.

Zurück zum Rahmenabkommen: Brüssel ist bereit – nun ist es am Bundesrat, Klarheit einzufordern zu den Punkten, die für die Sozialpartner ein Problem darstellen. Dann muss der Inhalt des Rahmenabkommens den SchweizerInnen auf seriöse und verantwortungsvolle Weise vorgelegt werden: Die Vor- und Nachteile des Rahmenabkommens sind zu vergleichen mit den Vor- und Nachteilen einer anhaltenden Blockade, einer Aufgabe des bilateralen Weges – und mit jenen einer EU-Mitgliedschaft.

Die ganze Argumentation der SVP bezieht sich auf symbolhafte Eigenschaften der Souveränität und nicht auf deren konkrete Auswirkungen. Ein umfassender Vergleich aller uns verfügbaren Optionen wird uns in die Lage versetzen, sachlich darüber zu diskutieren, was Souveränität im 21. Jahrhundert bedeutet und welchen politischen Einfluss wir mit unseren Entscheidungen haben wollen. Mit anderen Worten: Dieses Rahmenabkommen ist keine juristische, sondern eine politische Angelegenheit. Die Übernahme von europäischem Recht ist kein Zwangsmechanismus, sondern eine Entscheidung, die wir stets alleine treffen. ★

«Eines Tages wird die Schweiz ein Mitgliedstaat der EU sein.»

François Cherix war von 2014 bis 2020 Co-Präsident der Nebs. In diesem Interview blickt er auf die Höhepunkte dieser sechs Jahre zurück und teilt mit uns seine Hoffnungen für die Zukunft.

Nach sechs Jahren als Co-Präsident der Nebs: Was waren die Höhepunkte?

In der Schweiz beginnt das Jahr 2014 mit einem Schock: Am 9. Februar wird die SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung mit sehr knappem Mehr angenommen. Eine Erschütterung! Niemand hat vorausgesehen, dass die langjährige systematische Verunglimpfung der EU eines Tages zum Sieg der Nationalisten führen würde. Sofort mobilisiert und organisiert sich die Nebs für den Schutz der Beziehungen mit der EU. Die folgenden Monate zeigen, dass der Angriff auf bilaterale Abkommen nicht schmerzfrei vorübergeht. Und das Parlament hat lange und hart daran gearbeitet, die Verfassungsänderung umzusetzen, ohne die bilateralen Beziehungen völlig auszuhebeln.

Der zweite Schock in diesen sechs Jahren war natürlich Brexit. Im Jahr 2016, nach einer lügenhaften populistischen Kampagne, verlässt ein wichtiges Mitglied die EU. Das ist eine Katastrophe, deren Folgen uns noch nicht bewusst sind. Die Schweiz kann daraus lernen: Erstens dürfen wir mit Volksabstimmungen kein russisches Roulette spielen. Zweitens hat sich die Union angesichts dieses Bruchs nicht zerstritten, ganz im Gegenteil.

Es gab in dieser Zeit auch unvergessliche und festliche Ereignisse. Am 5. Mai 2018 feierten wir mit unseren FreundInnen, vielen SchweizerInnen und europäischen Persönlichkeiten das 20-jährige Bestehen der Nebs. Wir erinnerten daran, dass die Nebs stets ihren Kurs gehalten und ihren Einsatz für eine europäische Schweiz vervielfacht hat. Ich möchte auch den erfolgreichen Abschluss des Rahmenabkommens zu den positiven Elementen dieser sechs Jahre zählen können. Aber seit der ausgehandelte Text auf dem Tisch liegt, sind die innen-

politischen Diskussionen leider ins Stocken geraten, und die EU wartet immer noch auf einen klaren Schweizer Positionsbezug.

Sie konnten Ihre Amtszeit bei der Nebs mit einem Sieg beenden: dem Scheitern der SVP-Kündigungsinitiative. Welche weiteren Auseinandersetzungen muss die Nebs gewinnen?

Für mich ist dieser Sieg sehr wichtig. Nicht nur wegen dem klaren Verdikt, sondern auch, weil er zeigt, dass die BürgerInnen keinen Bruch mit der EU wollen. Dieser Volksentscheid mit rund 62 Stimmenprozenten zugunsten der Personenfreizügigkeit hebt in gewisser Weise die Abstimmung des Jahres 2014 auf. SchweizerInnen sind EuropäerInnen – dieses Ergebnis ermöglicht uns, voranzukommen. Leider spüre ich beim Bundesrat keinen solchen Elan: Er erscheint mir eher ratlos, was mit diesem Sieg anzufangen wäre.

Vor diesem Hintergrund hat die Nebs vorab einen kulturellen Kampf zu führen. Angesichts der gegenwärtigen Blockaden sind Medien, PolitikerInnen und die Öffentlichkeit zu ermutigen, die Debatte zu Europa auf breite und tabufreie Weise neu zu eröffnen. Da eine völlig isolierte Schweiz undenkbar ist, müssen alle möglichen Szenarien unverzüglich geprüft werden – natürlich auch der EU-Beitritt. Das Schweigen dazu muss ein Ende haben.

Wie sehen Sie die Zukunft der Schweiz in Europa?

Es ist paradox: Die Schweiz war noch nie so nahe am europäischen Projekt wie heute; zugleich hat sie noch nie so gehofft, sich davon fernhalten zu können. Anders gesagt: die materielle Integration hat perfekt funktioniert – dieser Erfolg hat aber auch den Zerfall des europäischen Bewusstseins gefördert. Die Tragödie der Schweiz besteht darin, sich ausserhalb der Union zu fühlen, obwohl sie in hohem Masse von ihr abhängig ist. Die Schweiz gehört – wie die Nebs stets betont – als «Passivmitglied» bereits zur EU.

Diese Kluft zwischen Illusion und Wirklichkeit ist heute nicht mehr tragbar, und die



© Nebs/Sam Konrad



© Nebs/Thomas Humm

“

«Die Tragödie der Schweiz besteht darin, sich ausserhalb der Union zu fühlen, obwohl sie in hohem Masse von ihr abhängig ist.»

Abnutzung des bilateralen Wegs lässt die Kluft noch weiter wachsen. Die Beziehung zwischen der Schweiz und der Europäischen Union will neu erfunden sein. Trotz des turbulenten Umfeldes bin ich nach wie vor überzeugt: Der beste Weg für dieses Land inmitten von Europa ist die Vollmitgliedschaft in der Union. Mit der Mitbestimmung dort, wo die Entscheide fallen, kann die Schweiz ihre Interessen am besten wahren.

Welche Botschaft geben Sie den jüngeren Generationen mit auf den Weg?

Ich möchte der Jugend drei Dinge ans Herz legen: Erstens ist die Zeit der isolierten Nationalstaaten abgelaufen. Die Zukunft gehört der Zusammenarbeit. Die EU zeigt eine aussergewöhnliche Geschichte der Zusammenarbeit mit zahllosen Erfolgen – auch wenn oft das Gegenteil behauptet wird. Ohne die europäischen Institutionen hätte sich unser Kontinent nie versöhnt und vereint; nie hätte er den gegenwärtigen Entwicklungsstand erreicht.

Zweitens müssen die Jungen in der Schweiz das europäische Wahlrecht einfordern. Sie leben im Herzen Europas – aber zu grossen Fragen, die sie betreffen, haben sie nichts zu sagen. Durch die Wahl von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und durch Vertretungen des Schweizer Volks in Kommission und Ministerrat würden die demokratischen Rechte gestärkt. Und schliesslich: Lasst euch nicht entmutigen! Auch wenn ein Anliegen keine Mehrheit hat, ist es deswegen weder schlecht noch hoffnungslos. Es sind die jüngeren Generationen, die den künftigen Weg der Schweiz bestimmen werden. Zweifelt nicht an eurem Erfolg: Eines Tages wird die Schweiz nicht nur eine durch und durch europäische Gesellschaft sein, sondern auch ein Mitgliedstaat der EU. ★



«Die Schweiz ist reif. Wir müssen sie nur endlich pflücken.»

Martin Naef war von 2014 bis 2020 Co-Präsident der Nebs. Hier blickt er auf die letzten sechs Jahre zurück und erklärt, weshalb er seine Hoffnungen in die Jugend setzt!

Welches waren die grössten Herausforderungen, die Sie zu meistern hatten?

Die Herausforderung war und ist es, Klarheit, Mut, Vernunft und Optimismus zu pflegen. Im politischen Umfeld waren wir einerseits durch Volksinitiativen in eine defensive Rolle gezwungen, gleichzeitig haben sich immer mehr Kräfte – zugunsten einer schweizerischen Abwehrstrategie – von einem «esprit européen» verabschiedet. In dieser Situation war es für die Nebs umso wichtiger, dass wir unser Ziel nicht aus den Augen verlieren, dass es gelang, unsere Mitglieder nicht nur zu halten, sondern auch zu verjüngen und neue dazu zu gewinnen. Wir haben es auch geschafft, unsere Finanzen zu konsolidieren, uns noch stärker zu vernetzen und eine wichtige kampagnenfähige Partnerin zu sein, mit all jenen, denen die weitere Integration der Schweiz in Europa ein Herzensanliegen ist. Ich bin sehr stolz auf alle engagierten Kolleginnen und Kollegen, die sich bei uns einbringen – und die Klartext sprechen.

Zugleich ist es so, dass wir das Wirken und die Wirkung unserer Organisation, insbesondere dank unserem Sekretariat und der guten Zusammenarbeit mit und zwischen den Sektionen, klar stärken konnten.

Wie kann das Tabu des EU-Beitritts gebrochen werden?

Indem man es anspricht. Ich erinnere mich an eine erste Arena-Diskussion, wo man mir quasi vorgeworfen hat, ich sei ja für einen EU-Beitritt. Ich sagte einfach: Ja, das stimmt. Und dann war Ruhe. Ich bin überzeugt, dass die Notwendigkeit von Mitsprache und Mitentscheidung immer offensichtlicher wird. Die Schweiz ist je länger je mehr konfrontiert mit Herausforderungen, die wir nicht alleine meistern können. Wir spüren auch global unsere Zugehörigkeit zu einem europäischen Denken und Wertesystem. Es gibt kein Tabu, und wenn es eines gäbe, dann ist dies die umso motivie-

rende Aufforderung, es geschieht zu brechen – indem man nach guter Schweizer Tradition mit allen über alles redet. Beharrlich. Unser Patriotismus kennt keine Grenzen.

Was wünschen Sie der Nebs?

Weiterhin klare Positionen, Ehrlichkeit, Mut und Freude. Die Nebs vertritt eine klare und ehrliche Position und das zeichnet sie aus. Und viele neue junge Mitglieder, die das Offensichtliche in unsere Organisation und in die politische Debatte tragen. Dieser Trend, den wir zurzeit feststellen, wird sich hoffentlich noch verstärken. Mal abgesehen davon, dass es ein extrem wichtiges Thema ist, ist schweizerische Europapolitik auch ein hoch interessantes, vielfältiges und lehrreiches Gebiet. Auch deshalb wünsche ich uns möglichst viele engagierte Junge. In aller stolzen Selbstverständlichkeit.

Wo steht die Europapolitik in zehn Jahren?

Sie wird zumindest entkrampft sein. Weil wir uns irgendwann von Rückspiegeln und Ängsten, hoffentlich auch von gewissen Mythen und Selbstlügen, verabschieden werden. Ausserdem, weil die Einsicht doch immer mehr reift, dass wir in Europa aufeinander angewiesen sind. Das braucht Zeit. In der Schweiz sowieso. Aber sie ist reif. Wir müssen sie nur endlich pflücken. ★



© Nebs/Sam Konrad



«Die Schweiz ist je länger je mehr konfrontiert mit Herausforderungen, die wir nicht alleine meistern können.»

«Die europäische Integration ist eine Notwendigkeit.»

Eric Nussbaumer hat am 3. Oktober 2020 das Präsidium der Nebs übernommen. Er ist seit 2007 Nationalrat (SP/BL) und war seit 2018 Präsident der Basler Sektion der Nebs. Anlässlich seines Amtsantritts äussert er sich über die Schweiz, die Europäische Union und ihre gemeinsame Zukunft.

Wo sehen Sie die grösste Gemeinsamkeit zwischen der Schweiz und der EU?

Die grössten Gemeinsamkeiten zwischen der Schweiz und der EU sind der Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip. Die Kompetenzbereiche der EU sind klar definiert – was nicht in ihre Zuständigkeit fällt, liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Dies entspricht der Funktionsweise des föderalen Schweizer Systems zwischen Bund und Kantonen. Beiderorts sind föderalistischer Geist und Subsidiaritätsprinzip stark verankert – deshalb ist die verbreitete Ablehnung der EU in der Schweiz für mich umso unverständlicher. Wir teilen dasselbe Modell der Machtverteilung.

Welche Herausforderungen erwartet die EU in den kommenden Jahren?

Die grössten Probleme sind jene, die nicht auf nationaler Ebene behandelt werden können. Die Klimafrage wird Folgen für ganz Europa haben. Wir müssen also gemeinsam auf europäischer Ebene, ja sogar weltweit, darauf reagieren. Dasselbe gilt für den künftigen Multilateralismus. Das beginnt schon auf EU-Ebene: Welcher Prozess soll innerhalb der Union in Gang kommen, und wie tritt sie auf der internationalen Bühne auf? Schliesslich erfordern auch die grossen Migrationsströme gemeinsame Antworten, sei es bei der Zusammenarbeit an den Grenzen oder mit vermehrter Koordination in der Sicherheitspolitik.

Wie begegnet die EU den wachsenden geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China, aber auch den Konflikten mit bzw. zwischen Russland und der Türkei? Und welche Rolle sehen Sie hier für die Schweiz?

Geopolitische Spannungen sind nichts Neues – sie waren schon immer da. Diesen Spannungen muss stets mit den besten diplomatischen Instrumenten begegnet werden. Manchmal reicht das Engagement einer Koalition williger Staaten aus. In anderen Fällen muss die EU als Ganzes tätig werden. Dabei glaube ich nicht, dass die EU sämtliche geopolitischen Spannungen lösen kann und muss. Vielleicht ist manchmal die Schweiz mit ihrer Tradition der Guten Dienste viel effektiver als die EU. Es ist daher wichtig, dass stets die geeignetste Körperschaft zum Einsatz kommt: ein einzelner Staat, eine Gruppe von Staaten oder die EU. Natürlich muss sich die EU ihrer Stellung und Rolle im Zusammenhang mit Konflikten zwischen China, den Vereinigten Staaten oder Russland bewusst sein. Sie kann jedoch nicht für den Abbau aller geopolitischer Spannungen herangezogen werden.

Sie leiten die Delegation der eidgenössischen Räte, die die Beziehungen zum Europäischen Parlament pflegt. Warum sind diese Kontakte wichtig?

In der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit sind institutionalisierte Beziehungen unerlässlich. Betrachten wir beispielsweise



© Nebs/Sam Konrad

die Kontakte zwischen dem Bundesrat und der Europäischen Kommission: Es ist eine Katastrophe, dass sich die Bundespräsidentin in einem Jahr wie diesem nur zweimal mit der Präsidentin der Europäischen Kommission ausgetauscht hat – einmal am Davoser World Economic Forum im Januar und einmal telefonisch nach der Abstimmung am 27. September. Diese Beziehungen sind sehr ungenügend institutionalisiert. Anders die Staats- und Regierungschefs der EU: Sie stehen im Rahmen des Europäischen Rates dauernd in Kontakt. Der Bundesrat verzichtet darauf, kooperative Souveränitätsstrategien weiterzudenken und damit die zwischenstaatliche Zusammenarbeit voranzubringen. Das geht nur mit institutionalisierten Beziehungen. Dasselbe gilt auf parlamentarischer Ebene. Dieser regelmässige Austausch ermöglicht es uns, gegenseitiges Verständnis zu schaffen, neue Impulse zu erhalten und zu geben. Diese parlamentarischen Kontakte sind daher wichtig – wenn auch nicht entscheidend, denn für die Aussenpolitik ist die Regierung zuständig. Aber, ohne institutionellen Rahmen für einen regelmässigen Austausch lernen wir unsere GesprächspartnerInnen nie wirklich kennen.

Was braucht es Ihrer Meinung nach in Zukunft, damit die Schweizer Bevölkerung eine weitere europäische Integration unterstützt?

Eine offene Debatte ist notwendig. Der Bundesrat hingegen verfolgt eine Strategie des Aufschiebens, gemäss dem Motto: Wir müssen die europäische Integration zwar ansprechen – aber eigentlich wollen wir das lieber gar nicht! Der Fehler liegt nicht nur bei Ignazio Cassis, sondern auch bei Didier Burkhalter – sogar Micheline Calmy-Rey hat in ihren letzten Amtsjahren dazu beigetragen. Meiner Meinung nach sollte die Bedeutung der europäischen Integration und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten in dieser komplexen Welt viel mehr betont werden.

Die Covid-19-Krise ist ein Beispiel dafür: Wenn wir über die Entwicklung und den Zugang zu einem künftigen Impfstoff sprechen, ist offensichtlich, dass kein Staat einen Alleingang schafft. Wenn wir «Schlagkraft» wollen, ist Zusammenarbeit nötig. Deshalb hat sich die Schweiz an den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft beteiligt. Angesichts der Grössenverhältnisse ist die Zusammenarbeit – und was Europa betrifft, eine angemessene Integration – die einzige Lösung. Kooperation ist in der heutigen Welt schlicht ein Muss. Der Bundesrat sollte dies deutlicher thematisieren und in die entsprechende Argumentation einfließen lassen. Stattdessen zögert er diese Diskussion hinaus. Ich hoffe sehr, er werde eines Tages den Mut zu einem Kurswechsel aufbringen. ★

“

«Wenn wir echte «Schlagkraft» wollen, ist Zusammenarbeit notwendig.»

Die Kampagne «Wir Europäer*innen»: Drei erfolgreiche Phasen

Von **Raphaël Bez** und **Lukas Wegmüller**, Co-Generalsekretäre der Nebs



Elemente der Kampagne
«Wir Europäer*innen» © Nebs

Im Herbst 2019 startete die Nebs ihre «Wir Europäer*innen»-Kampagne. Unser Ziel? Die Stärkung eines positiven Diskurses über Europa und die Bekämpfung der SVP-Kündigungsinitiative.

Phase 1: Schwexit verhindern

Die erste Phase der Kampagne begann wenige Tage nach den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2019. Mit Blick auf die Gefahr eines Schwexit veröffentlichten wir in den sozialen Medien eine Reihe von Bildern, die für eine offene und europäische Schweiz mobilisierten. Vielleicht erinnern Sie sich an einen gewissen Roger Köppel mit «Boris Johnson»-Friseur oder an das offene Edelweisshemd über einem Europa-T-Shirt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Website unser.europa.ch eingeweiht. Anfang dieses Jahres haben wir anlässlich der jährlichen Albisgüetli-Zusammenkunft der SVP in Zürich unsere Kampagnenbotschaft auf die Fassade eines Gebäudes beim Veranstaltungsort projiziert. Unsere Absicht: eine zeitgemässe europäische Erzählung zu entwickeln und das ewige europahobe SVP-Gebrüll zu übertönen!

Phase 2: Der beste Schutz ist Zusammenhalt

Im Frühjahr zwang uns Covid-19, unsere Pläne zu überdenken. Anlässlich des Europatages und des 70. Jahrestages der Schuman-Erklärung appellierten wir für einen energischen Neustart der europäischen Integration der Schweiz. Unter dem Motto «Der beste Schutz ist Zusammenhalt» gingen unsere 2000 Masken buchstäblich weg wie warme Weggli – ein Erfolg, wie nicht zuletzt Dutzende von Selfies in den sozialen Medien zeigen.

Phase 3: In Europa zuhause

Schliesslich veröffentlichte die Nebs im Vorfeld der Abstimmung vom 27. September ein Weissbuch mit dem Titel «In Europa zuhause», um die europäische Dimension unseres täglichen Lebens und die Bedeutung der Personenfreizügigkeit hervorzuheben.

Der Blick auf mehrere Wirtschaftssektoren – etwa Landwirtschaft, Kultur und Gesundheitswesen – zeigte einmal mehr, wie europäisch die Schweiz ist. Dieser Befund wurde in den sozialen Medien weitherum verbreitet und von verschiedenen Medien aufgenommen.

Darüber hinaus erstellten wir zur Initiative ein Sechs-Punkte-Argumentarium, ein Gegenargumentarium als Antwort auf die AUNS und wir veröffentlichten Flyer und Postkarten. Einige unserer Sektionen organisierten kontroverse Debatten, die zur öffentlichen Meinungsbildung beitrugen.

Ein Etappensieg!

In den sozialen Medien konnten wir 200 000 Menschen erreichen und so zur Mobilisierung beitragen. Das deutliche Scheitern der Begrenzungsinitiative am 27. September hat gezeigt, wie wichtig unser Engagement ist. Die 61,7% Nein-Stimmen sind ein Signal des Stimmvolks an die AnhängerInnen von Isolation, Nationalismus und Souveränismus: Die Schweiz ist europäisch – und wir sind EuropäerInnen! ★

Der Kampagnenclub der Nebs

Von **Raphaël Bez** und **Lukas Wegmüller**, Co-Generalsekretäre der Nebs

Bei der Kampagne «Wir Europäer*innen» ging es nicht nur um ein Nein am 27. September. Sie soll deshalb weitergeführt werden, denn die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind längst nicht geklärt. Ausserdem sitzt bei vielen SchweizerInnen die Abneigung gegenüber unserer Nachbarschaft nach 30 Jahren SVP-Politik immer noch tief.

Was machen wir?

Mit dem Einsatz zugunsten der bilateralen Verträge und der Personenfreizügigkeit sowie mit dem Kampf gegen die Masseneinwanderungsinitiative (Februar 2014), die Selbstbestimmungsinitiative (November 2018) und die Kündigungsinitiative (September 2020) versucht die Nebs stets, den hiesigen Europa-Diskurs im Sinne der Kampagne «Wir Europäer*innen» ins Positive zu wenden. Unser Einsatz gilt einer offenen und europäischen Schweiz und der Vertiefung der europäischen Integration unseres Landes – wir unterstützen jeden Schritt auf diesem Weg.

Die Schweizer Demokratie gibt dem Volk in vielen Fragen das letzte Wort – auch in der Europapolitik. Wir müssen unsere Positionen und unsere Vision daher immer wieder neu kommunizieren, erklären und verteidigen. Dazu gehören öffentliche Veranstaltungen, Veröffentlichungen in sozialen Medien, Medienarbeit, Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial, Teilnahme an Koordinationstreffen mit anderen engagierten AkteurInnen an unserer Seite, Fundraising und politische Lobbyarbeit. Es ist ein langfristiges Engagement, personell und finanziell aufwendig – aber unabdingbar für eine Bewegung wie die unsere, die eine bessere Eingliederung der Schweiz in Europa anstrebt.

Warum ein Kampagnenclub?

«Alleine kommt man schneller voran, gemeinsam kommen wir weiter.» Deshalb haben wir den Nebs-Kampagnenclub ins

Leben gerufen: Mit gebündelter Kraft können wir mehr tun und weiter gehen. Mit Ihrer Teilnahme am Kampagnenclub helfen Sie mit, Konzeption und Durchführung unserer Kampagnen zu finanzieren und das Sekretariat in Bern mit den nötigen personellen Ressourcen auszustatten. Dafür brauchen wir jedes Jahr 80 000 Franken. Ihre Unterstützung ist für uns von grossem Wert – sie hält der Schweiz die Tür zur EU offen. Die europäische Zukunft unseres Landes liegt in unseren Händen. Lassen wir uns die Chance nicht entgehen!

Wie kommt man in den Club?

Wir laden Sie ein, dem Nebs-Kampagnenclub beizutreten, um den ProeuropäerInnen, den FreundInnen einer offenen und europäischen Schweiz mehr Gehör zu verschaffen. Mit einem Beitrag ab 500 Franken pro Jahr werden Sie Mitglied des Kampagnenclubs der Nebs und unterstützen damit direkt die Aktionen unserer Bewegung. Der jährliche Nebs-Mitgliederbeitrag ist darin selbstverständlich inbegriffen.

Anmeldun und Informationen:
club@europa.ch.

Ein grosses DANKESCHÖN!

Wir nutzen diese Gelegenheit, um allen Mitgliedern des Kampagnenclubs sowie all jenen herzlich zu danken, die unsere Kampagne «Wir Europäer*innen» in den letzten Monaten finanziell unterstützt haben. Wie hoch der Betrag auch sei: Jeder Franken zählt. Das gilt auch für die Zukunft, denn die Kampagne «Wir Europäer*innen» wird angesichts der noch anstehenden europapolitischen Herausforderungen fortgesetzt. Bis zum europäischen Stimmrecht ist es noch ein weiter Weg! Wir zählen daher auf Sie – danke für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement! ★

Eric Nussbaumer ist Präsident der Nebs

Am Samstag 3. Oktober 2020 bot die ordentliche Generalversammlung der Nebs in Bern die Gelegenheit, sich wieder einmal zu treffen, das Jahr 2019 und die letzten Monate Revue passieren zu lassen und die Erneuerung des Vorstands zu vollziehen: Nationalrat Eric Nussbaumer (SP/BL) wurde zum neuen Präsidenten gewählt. Das Vizepräsidium wurde mit Nationalrätin Sibel Arslan (Grüne/BS), Nationalrat Roland Fischer (glp/LU), Nationalrat Vincent Maitre (CVP/GE), Claude Nicati (NE), Chantal Tauxe (VD) und Sebastian von Graffenried (BE) auf sechs Personen erweitert. Das neue Vizepräsidium repräsentiert somit ein breiteres Spektrum politischer Couleurs und bezieht zugleich VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Sektionen mit ein. Die weiteren Mitglieder des Vorstands sind Matthias Bertschinger, Dominik Elser (neu), Sarah Fuchs (neu), Barbara Geiser, Franz Hostettler (Kassier), Cécile Kessler (yes), Ariane Lienert, Olivier Marcoz, Laura Sadis, Noemi Steiner (yes), Nenad Stojanovic, Sebastiano Traina und Florentin Weibel.



«Ein republikanischer Skandal»

Von **Nicole Nickerson**, Co-Präsidentin der Nebs Sektion Zürich



© Nicole Nickerson

Alt-Nationalratspräsidentin Gret Haller hat jüngst mit einem Auftritt zu «50 Jahre Frauenstimmrecht» an der Universität Zürich für Aufsehen gesorgt. Die Politikerin gilt als Ikone der schweizerischen Gleichstellungsdebatte und wurde eingeladen, ein Inputreferat zu halten. Was man nicht erwartete: Nach ein paar Erzählungen zur Einführung des Frauenstimmrechts begann Haller plötzlich über eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz zu sprechen. Und nicht nur das – sie zog einen direkten Vergleich zwischen der Entrechtung der Frau und der momentanen Lage von SchweizerInnen als Nicht-BürgerInnen der EU. Laut Haller ist die Nichtmitgliedschaft der Schweiz ein «republikanischer Skandal», genau wie es früher die Abwesenheit des Frauenstimmrechts war.

Damit sprach die ehemalige Nationalrätin das Problem der politischen Mitsprache an. Die Schweiz als Staat profitiert enorm von der europäischen Integration, sei dies wirtschaftlich, sicherheitstechnisch oder kulturell. Nur hat die Schweiz seit jeher keine Abgeordneten im Europäischen Parlament, der Kommission und den diversen Räten. Sie bleibt aussen vor und hat bei den meisten EU-Entscheiden kein Mitspracherecht. Was bedeutet dies konkret?

Die Nebs Zürich versucht sich zurzeit mit dieser Frage auseinanderzusetzen: Die Sektion möchte mit Fokus auf verschiedene Aspekte der europäischen Integration eine tiefere Debatte über die Ausgestaltung der EU führen. Damit entfernt sie sich von der ewigen Beitrittsdebatte und fragt nach konkreten Gestaltungsmöglichkeiten. Im November 2020 plant die Nebs Zürich etwa einen Anlass zum Thema «Gleichstellung in der EU» mit Prof. Astrid Epiney. Weiteren Themen wie der europäischen Flüchtlings- oder Klimapolitik möchte sich die Sektion ebenfalls widmen. Damit zeigen wir auf, dass es beim Thema der Mitsprache nicht um eine einfache «Ja/Nein»-Frage geht, sondern um die Behandlung kritischer Probleme, welche sich nicht hinter Landesgrenzen eindämmen lassen.

Die EU fällt sowohl grossartige als auch tragische Entscheide. Das Gleichstellungs-

recht der Union bietet fortschrittliche Regeln – zum Beispiel einen extensiven Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz –, welche Frauen in der Schweiz verwehrt bleiben. Dagegen wurde es in der Migrationspolitik als Sieg gefeiert, dass die libysche Küstenwache im Zurückhalten von Flüchtlingen von der EU unterstützt wird. Und selbst nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria bleibt die Entwicklung beim selben Tenor: Effiziente Rückführung ist das höchste aller Ziele. Wir SchweizerInnen sind alle von solchen Fragestellungen betroffen, ob direkt oder indirekt. Sie gehen uns alle etwas an; sei es, weil wir als BewohnerInnen des europäischen Kontinents ungenügenden Anteil an den Errungenschaften der EU haben, oder weil wir deren grausame Schattenseiten nicht wirksam bekämpfen können. Beide Aspekte sind auf fehlende Mitsprache zurückzuführen und sind vor allem eines – ein Skandal.

Wie Gret Haller sagte: «Die Verweigerung einer aktiven Rolle in der EU ist eine Verweigerung der Politik.» Daher grenzt jede Aussage, man lehne die Mitgliedschaft ab, solange die EU noch so viele Baustellen habe, nahezu an Absurdität. Die mächtigsten Player in der EU entscheiden, wie benachteiligte Gruppen zu ihren Rechten kommen. Die mächtigsten Player sind dafür verantwortlich, was mit den Menschen auf Lesbos geschieht. Überlassen wir ihnen nicht das Spielfeld! ★

Europa verstehen, leben und gestalten

Von **Katharina Burren**, Mitglied des Vorstands der young european swiss | yes

Die geplanten Interrail-Ferien durch Osteuropa, das Auslandsemester in Italien oder die young european swiss | yes-Studienreise nach Brüssel – in den letzten Monaten wurden die Pläne vieler von uns auf den Kopf gestellt. Während der Alltag ganz neue Herausforderungen birgt, rücken langfristige Ziele und Projekte oft in den Hintergrund. Gerade junge Leute, die soeben ihre Ausbildung abgeschlossen oder Anfang Jahr noch voller Zuversicht und Tatendrang den ersten Studien- oder Arbeitsjahren entgegengeblickt haben, sind vor besondere Herausforderungen gestellt. Wie gehen sie damit um? Wie beeinflusst es ihre Ziele? Und aus Sicht der Europäischen Bewegung: Was bedeutet all das für die Jugend Europas? Haben die Erfahrungen der letzten Monate unser Bewusstsein für die EU gestärkt? Oder überwiegt die Enttäuschung über die Grenzen der europäischen Solidarität?

Anfang September habe ich einen Master in Europastudien am College of Europe im belgischen Brügge begonnen. Seit seiner Gründung 1949 ist das College stetig gewachsen und bietet heute jährlich rund 450 jungen Leuten aus über 50 Ländern die Möglichkeit, die europäische Zusammenarbeit in einem einzigartigen Aufbaustudium aus nächster Nähe zu erlernen und zu erleben.

Es sind die vielen spannenden Begegnungen und Geschichten junger EuropäerInnen, welche den Alltag hier prägen: Beim Frühstück erzählt ein Mitstudent aus Georgien, wie entscheidend die bevorstehenden Parlamentswahlen in seiner Heimat für die künftige Zusammenarbeit mit der EU sind. Während er mit grosser Hoffnung auf diese Entwicklungen blickt, verfolgt meine Zimmernachbarin aus Nordirland den Brexit-Verlauf eher mit Wehmut. Dafür beteiligt sie sich umso aktiver in den Vorlesungen zu internationaler Verhandlungsführung. Was sie in Zukunft definitiv wird brauchen können, wie sie meint. In etwas anderer Lage befindet sich der Politikstudent aus dem Vereinigten Königreich. Die Gruppenarbeit zur Europäischen Währungsunion muss er kurzerhand ver-

lassen, weil er einen Anruf vom französischen Aussenministerium erhält: Ein unangekündigtes Interview für die französische Staatsbürgerschaft. Er führt es auf dem Korridor des Studentenwohnheims.

Die Probleme, die sich Europa derzeit stellen, sind auch hier am College of Europe sehr präsent: vom Brexit über Corona bis hin zur Jugendarbeitslosigkeit oder zur politischen Lage in der EU-Nachbarschaft. Anstelle von Resignation lautet die Devise jedoch: Europa verstehen, Europa leben, Europa gestalten. Innet kürzester Zeit haben sich zahlreiche Studentenvereine gebildet, die sich aktiv mit der europäischen Integration auseinandersetzen und einen eigenen Beitrag dazu leisten möchten. Federica Mogherini, ehem. Hohe Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik und seit kurzem Rektorin am College, fasste dies wie folgt zusammen: «Es gibt etwas, das wir alle gemeinsam haben und das uns alle hierher gebracht hat: die Leidenschaft für das europäische Projekt. Die Entschlossenheit, ein besseres, integrierteres, funktionsfähigeres Europa zu gestalten.»

Das gilt auch für die yes. Trotz der aktuellen Herausforderungen haben wir das gemeinsame Ziel, uns aktiv für Europa einzusetzen, definitiv nicht aufgegeben. Im Gegenteil, das Bewusstsein für die Errungenschaften der EU und unsere Motivation für das europäische Engagement wurden durch die Krise gestärkt.

Treffende Worte fand auch Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der EU am 16. September 2020: «Es liegt an uns, was wir aus unserer Zukunft machen. Es liegt an uns, welches Europa wir wollen. Reden wir Europa nicht schlecht. Arbeiten wir lieber daran. Machen wir Europa stark. Für eine Welt, in der wir leben wollen. Es lebe Europa!» ★



© Katharina Burren



Werde Mitglied der yes!
Alle Infos sind auf unserer
Webseite: www.y-e-s.ch

Frech – oder einfach ahnungslos?



«Die EU schliesst das Volk grundsätzlich von Entscheidungen aus»

*«In der zentralistisch geführten Union EU wird in erster Linie diktiert. * Die Souveränität der Völker hat in der EU kaum Priorität. * Das Volk ist grundsätzlich von Entscheidungen – und seien sie noch so wichtig – ausgeschlossen. * Die Deutschen durften sich nicht einmal dazu äussern, ob sie ihre Währung behalten wollen. * Die Engländer hatten kein Recht zu sagen, ob sie mit der Osterweiterung einverstanden sind.»*

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), auns.ch, in ihren «Positionen»



1 Was soll man sagen? Solche Behauptungen zeugen von haarsträubender Uninformiertheit – oder, wenn wider besseres Wissen geäussert, von respektloser Anmassung. Wenn die AUNS an gleicher Stelle die direkte Demokratie der Schweiz in hohen Tönen preist, hat sie natürlich recht. Nur: Was gibt ihr das Recht, die EU deswegen als diktatorisches Ungetüm zu verleumden, das «zentralistisch» die «Souveränität der Völker missachte» und die Bevölkerungen (eine halbe Milliarde EuropäerInnen) «grundsätzlich» von Entscheidungen ausschliesse? So ein Quatsch!

2 Liebe AUNS, zum Mitschreiben: a) Die Schweiz ist ein souveräner Staat, der sich aus freiem Willen so organisiert hat, dass die Stimmberechtigten in vielen Belangen mitentscheiden können. Soweit klar? Gut. b) Die Europäische Union ist kein Staat, sondern ein Kooperationsbündnis souveräner, demokratischer Staaten. Diese haben das unbestrittene Recht, sich innenpolitisch so einzurichten, wie es ihnen beliebt. Darum gibt es in der EU Monarchien und Republiken, föderalistische und eher zentralistische Verfassungsordnungen, betont präsidentiale oder schwergewichtig parlamentarische Regierungen und so fort. c) Gedankenspiel: Nur mal angenommen, die Schweiz träte diesem Bündnis bei (nicht gleich schnappatmen!): Würde sie dann gezwungen, ihre direkte Demokratie preiszugeben? Nein – denn wie den andern Län-

dern verbliebe auch uns das verbürgte Recht auf ein internes politisches System nach eigenen Vorstellungen. In der Praxis gäbe es vielleicht ein paar wenige Reibungsflächen – aber da haben wir schon kompliziertere Verhandlungen zu einem guten Ende gebracht...

3 Zurück zu Punkt b): Die EU als handelndes Subjekt kann nichts Bedeutsames auf den Weg bringen, bevor die demokratisch legitimierte Landesregierungen und das demokratisch gewählte Europäische Parlament zugestimmt haben. Jetzt aber wichtig: Auf welchen Wegen die einzelnen Regierungen zu Hause ihr «Ja» oder «Nein» legitimieren, liegt ausdrücklich nicht in der Zuständigkeit von «Brüssel»: Das verantworten diese Regierungen selbst. Deshalb ist es läppisch, die EU etwa dafür zu beschimpfen, dass die Deutschen in keiner Volksabstimmung zur Einführung des Euro befragt wurden. Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland sieht bundesweite Referenden schlicht nicht vor – und das geht ausserhalb Deutschlands niemanden etwas an.

4 Im Übrigen trägt der von der AUNS nicht explizit, aber unterschwellig vermittelte Schein, die Schweiz sei weit und breit das einzige Land mit Volksabstimmungen. Die Italiener beispielsweise wurden seit 1970 71mal für Abstimmungen zur Urne gerufen, die Franzosen (seit Kriegsende) 14mal, wovon dreimal zu wichtigen EU-Fragen, die Iren (seit 1959) sogar 33mal, wovon achtmal zu EU-Themen, die Ungarn (seit der Wende) 13mal, die Slowenen (seit 1990) 16mal. Andere Länder tun dies halt seltener oder nie. Aber nicht wegen eines «Diktats» aus Brüssel, sondern weil vor Ort offenbar (noch?) kein mehrheitsfähiges Bedürfnis besteht. (sp)★



Erstmals EU-Sanktionen gegen Cyber-Piraten

Der Europäische Rat hat erstmals unionsweite Sanktionen gegen sechs enttarnte Cyber-Kriminelle und drei Organisationen verhängt, die einen Cyber-Angriff gegen die Organisation für das Verbot chemischer Waffen versucht hatten oder an den als «Wanna-Cry», «NotPetya» und «Operation Cloud Hopper» bekannten Angriffen beteiligt waren. Die Strafen: Reiseverbote, Einfrieren von Guthaben und ein Verbot, den Delinquenten Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. (sp) ★

Es muss nicht alles über «Brüssel» laufen

Deutschland und Luxemburg zeigen, dass sinnvolle Klima-Initiativen nicht unbedingt über die Brüsseler Zentrale laufen müssen. Berlin hat 85, Luxemburg 15 Millionen Euro in einen «City Climate Finance Gap Fund» einbezahlt. Er soll Städten und Gemeinden in Entwicklungs- und Schwellenländern dabei helfen, klimafreundliche Projekte zu finanzieren. Die Weltbank, die Europäische Investitionsbank und der Weltkonvent der Bürgermeister sind mit von der Partie. (sp) ★

Sammelklagen quer durch die EU möglich

Eine neue Verbraucherschutz-Richtlinie hat den Segen von Ministerrat und Europäischem Parlament und wartet nur noch auf die Schlussabstimmung. Sie wird es erstmals ermöglichen, Sammelklagen quer durch die EU zu erheben. Dazu werden «qualifizierte» Verbraucherorganisationen, die von den einzelnen Mitgliedstaaten gemeldet werden, ermächtigt, über Grenzen hinweg auf dem Rechtsweg gegen Anbieter vorzugehen. Das ist bisher (fast) unmöglich. (sp) ★



Herausgeber

Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs)

Redaktion

Luana Andina, Raphaël Bez, Marcela Gisler, Amal Osman, Alana Rainone, Lukas Wegmüller, europa.ch, Postfach 481, 3000 Bern 22, Tel. 031 302 35 36, info@europa.ch

AutorInnen

Raphaël Bez, Katharina Burren, François Cherix, Martin Naef, Nicole Nickerson, Eric Nussbaumer, Solenn Paulic, Sebastian Speich (sp), Chantal Tauxe, Lukas Wegmüller

Übersetzung und Korrektorat

Raphaël Bez, Toni Koller, Amal Osman, Alana Rainone, Fabian Schmid, Pierre Alain Seiler, Lukas Wegmüller

Konzept

Nicolas Peter

Druck

Stämpfli AG, Bern

Auflage

2700 dt., 1700 fr.

Titelseite

KEYSTONE/Gaetan Bally (Foto)

Postkonto

30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben von europa.ch zu inserieren, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter info@europa.ch.

SURFEN

«Mission Starfish 2030» – ein Riesenprojekt

Als «Mission Starfish 2030» hat eine EU-Expertengruppe ein ganz konkretes Projekt für Wiedergenesung und Schutz des gesamten irdischen Wasserkreislaufs (Weltmeere, Seen, Flüsse) bis 2030 veröffentlicht. Eine 90 Seiten starke Broschüre (bisher leider nur in Englisch) fasst die mannigfachen Schädigungen dieser Lebensgrundlage zusammen und zeigt den Weg zur Besserung. Einerseits beängstigend, andererseits optimistisch. Das Dokument ist als PDF abrufbar bei op.europa.eu – oder über Google: «Mission Starfish 2030». (sp)

<https://ec.europa.eu/info/publications>

Die «Good Cops» von Europa

Seit zehn Jahren gibt es nun, mit Sitz in Den Haag, die internationale Strafverfolgungsbehörde «Europol». Sie hat rund 1000 MitarbeiterInnen und ist jährlich mit über 40000 grenzüberschreitenden Aktionen befasst. Ihre Zuständigkeiten stehen auf einer langen Liste: Cyberkriminalität, Drogenhandel, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel sind da nur Beispiele. «Europol» gilt als EU-Agentur und arbeitet eng mit den Behörden der EU-Länder, aber auch mit anderen Instanzen zusammen. Ein Ausflug auf ihre reich bestückte Homepage lohnt sich. (sp)

www.europol.europa.eu/de/about-europol



Carim Bank und Barra Tisch. Gradlinig und elegant.
Design: Atelier I+N, Nathan + Ismaël Studer

